

Marzahn- Hellersdorf

24. Jahrgang / Januar 2014

links

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

Seite 2: Im Porträt: Hans Pietz, ein Mittler zwischen den Religionen / Petra Pau: Ein schwarzer Freitag

Seite 3: Bildungstag der LINKEN / Fröhliche Kinderaugen / Buch über Zwangslager

Seite 4: Aus dem Bezirksvorstand / Weihnachten in der BVV

Seite 5: Dagmar Pohle: Ein ganz persönlicher Jahresrückblick / Wolfgang Brauer: Was links ist, soll man auch links nennen

Seite 6: Aus den Siedlungsgebieten: Wasser

/ Marzahn-Hellersdorf wächst ... / Aus dem Heimatverein

Seite 7: Jugendseite - Interview mit Martina Michels, MdEP

Seite 8: Veranstaltungstipps und Termine im Überblick / Hinten links

Wir Europäer

Vom 22. bis 25. Mai 2014 werden in den 28 Staaten der Europäischen Union die 751 Mitglieder des Europäischen Parlaments gewählt werden. In der Bundesrepublik werden die 96 Abgeordneten am 25. Mai gewählt werden. DIE LINKE wird am 15. und 16. Februar 2014 in Hamburg ihr Europawahlprogramm beschließen und ihre Wahl-liste aufstellen. Bereits am 14. und 15. Dezember 2013 fand in Madrid der 4. Parteitag der Europäischen Linken, dem Zusammenschluss von 25 europäischen Parteien aus dem linken Spektrum, statt. Neben einem Grundsatzbeschluss zur Positionierung zu den bevorstehenden Europawahlen wählten die Delegierten einen europäischen Spitzenkandidaten. Alexis Tsipras, Vorsitzender der griechischen SYRIZA, wird Europas Linke in die Wahlen führen.



Alexis Tsipras, Vorsitzender von SYRIZA, Griechenland

In einer Rede unter der Überschrift „Wir Europäer“ am 4. November 2013 hat Alexis Tsipras deutlich gemacht, dass die linke Antwort auf die Krise der Europäischen Union nicht weniger, sondern mehr Europa sein muss:

„Das heutige Europa - der Gemeinsame Markt und die Europäische Union - wurde auf dem Fundament bestimmter Prinzipien errichtet: kein Krieg mehr in Europa; universale Menschenrechte; und ein Gesellschaftsvertrag, der auf mehreren Säulen ruht: soziale Inklusion und Absicherung, ein öffentliches Bildungs- und Gesundheitswesen und eine allgemeine Sozialfürsorge, schließlich die schrittweise Annäherung des Lebensstandards der ärmeren Regionen an das Niveau der erfolgreichsten Länder. [...] Es ist die alte europäische Idee. Aber die wurde vor Jahren von einer Ideologie der Märkte und der bedingungslosen Konkurrenz verdrängt. [...] Demgegenüber setzen wir auf die traditionellen

Werte der europäischen Gründergeneration. Gerade in der jetzigen Krise bestehen wir für Europa auf der Rückkehr zu diesen traditionellen Werten.“

In diesem Sinne sollten wir auch hier in Marzahn-Hellersdorf bei den Menschen für unsere Idee eines demokratischeren, friedlicheren und sozialeren Europas werben. Dabei sollten wir uns auch nicht von der verbreiteten Skepsis gegenüber Europa verleiten lassen, selber

den nationalistischen und chauvinistischen Argumentationsmustern, die die öffentlichen Debatten dominieren, unwillentlich Vorschub zu leisten. Dann wird es uns gelingen, unseren Beitrag für eine starke linke Fraktion im nächsten Europäischen Parlament zu leisten.

Hassan Metwally

Stellvertretender Bezirksvorsitzender und Bezirkswahlkampfleiter

35 Jahre Stadtbezirk Marzahn: Herzlichen Glückwunsch!

Anlässlich des 35. Jahrestages der Gründung des Stadtbezirkes Marzahn erklären der Bezirksvorsitzende der Partei DIE LINKE, Norbert Seichter, und der Vorsitzende der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung, Bjoern Tielebein:

Am 5. Januar 1979 wurde auf dem Gebiet der damaligen Dörfer Marzahn, Hellersdorf, Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf der eigenständige Stadtbezirk Marzahn gegründet. Mehr als 100.000 Wohnungen wurden gebaut, Schulen, Kindergärten, Kaufhallen, Jugendklubs, Dienstleistungszentren und Gaststätten entstanden. Es war das größte Projekt des Wohnungsbauprogrammes der DDR, dem bald darauf die neuen Stadtbezirke Hellersdorf und Hohenschönhausen folgen sollten.

Marzahn wurde vor allem für junge Familien eine Heimat.

35 Jahre nach Gründung hat unser noch verhältnismäßig junger Bezirk eine vielfältige Geschichte hinter sich.

Heute leben mehr als 250.000 Bürgerinnen und Bürger in Marzahn-Hellersdorf, viele davon schon seit die ersten Neubauten auf der „grünen Wiese“ errichtet wurden. Menschen aus mehr als 100 Ländern haben hier ihren Lebensmittelpunkt gefunden.

Doch unser Bezirk ist noch längst nicht fertig. Im Gegenteil: Marzahn-Hellersdorf wandelt sich ständig und wächst.

Die Stabilisierung und Aufwertung der Zentren, Förderung von Wirtschaft und Gewerbe, bezahlbarer Wohnraum, beste und wohnortnahe Bildungsangebote für Jung und Alt, der Schutz unseres Wuhletals, weitere Freizeitangebote wie ein Freibad und die nachhaltige Entwicklung demokratischer Strukturen für Toleranz, Vielfalt und Teilhabe sind nur einige der Herausforderungen, für die wir uns als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten weiter engagieren werden.

Wir gratulieren allen Marzahn-Hellersdorferinnen und Marzahn-Hellersdorfern zum 35. Geburtstag unseres Stadtbezirkes!

DIE LINKE.

Zur Person: Hans Pietz - Mittler zwischen den Religionen

Ein Christ mit linkem Herzschlag

Christen in der LINKEN? Geht das? Ein klares Ja! Petra Pau formulierte es in ihrer Rede auf dem 2. Ökumenischen Kirchentag 2010 so: „Mir ist es übrigens egal, woher jemand sein Engagement für Frieden, Solidarität und Gerechtigkeit schöpft – aus der Bibel, aus dem Talmud, aus dem Koran oder aus dem ‚Kapital‘ von Karl Marx.“

Genosse Hans Pietz ist bekennender Christ und steht für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Sowohl die religiösen, als auch die politischen Wurzeln liegen in der Familie des Pasewalkers. Seine Vorfahren waren Hugenotten. Ein Großvater war in der KPD, ein Onkel in der SPD. In den Siebzigern absolvierte Hans eine kirchliche Ausbildung und arbeitete anschließend in entsprechenden Einrichtungen als Gemeindediakon in der Pflanze.

Beruflich und kirchlich hat inzwischen Hans Pietz einen Wechsel vollzogen. Seit nunmehr 30 Jahren arbeitet er bei der Bahn und tritt damit in die Fußstapfen des Vaters und Großvaters. Die Konfession wechselte er von römisch-katholisch zu altkatholisch. Allerdings tanzt er auf drei Hochzeiten, wie er selbst sagt:

Bei den Alt-Katholiken, den Serbisch-Orthodoxen und bei den ehrenamtlichen Mitarbeitern des evangelischen Berliner Doms. Darüber hinaus engagiert sich Hans Pietz im Ökumenischen Forum Berlin-Marzahn e.V., das

sich als Gesprächsforum zwischen verschiedenen Kirchen versteht. Da sieht er auch seine Rolle als Mittler zwischen den Religionen. „Das Verständnis untereinander muss wachsen“, sagt er. Das Forum hatte übrigens 2008 den Ehrenamtspreis der BVV erhalten.

Zu seinem politischen Engagement verhält

stets an Gesamtdeutschland interessierte und solidarische Hans Pietz nach der Wende bei den Grünen. Deren Ja als ursprünglich pazifistische Partei zum Nato-Angriff auf Jugoslawien, löste bei ihm einen Schock aus. So kam er nach einiger Zeit des Nachdenkens folgerichtig zu der LINKEN. In der Basisorga-

nisation von Sonja Hildebrandt fühlt er sich gut aufgehoben. Dort informiert er über sein kirchliches Engagement und stößt auf Interesse, z.B. wenn er über den evangelischen Jugendpfarrer Lothar König spricht, den er persönlich kennt und bereits einmal nach Marzahn geholt hat. Und der Christ in der Partei kann dazu beitragen, Vorurteile gegen Kirche und Religion, oftmals in Unwissenheit begründet, abzubauen.

Solidarität inner- und außerhalb der Kirche ist

ihm sehr wichtig. U.a. hat Hans Pietz Kontakt zum Flüchtlingsrat Berlin und zur ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche.

Sabine Behrens



Hans Pietz

Foto: S. Behrens

ihm ein Schlüsselerlebnis. Der polnische Papst Johannes Paul II übte 1989 scharfe Gesellschaftskritik in dem er verkündete, dass der Kapitalismus Zügel brauche, sonst würde er zügellos. Zunächst engagierte sich der

Petra Pau (MdB): Ein schwarzer Freitag

Der 19. Dezember 2003 war ein Freitag. Ein schwarzer Freitag für die Demokratie und Millionen Bürgerinnen und Bürger hierzulande. Damals fand die letzte Plenarsitzung des Bundestages vor der Weihnachtspause statt, Jahreskehraus war angesagt. In der Nacht zuvor fanden intensive Verhandlungen der Vermittlungsgruppe zwischen Bundesrat und Bundestag statt. Das Ergebnis bekamen wir Abgeordneten in den frühen Morgenstunden. Es umfasste mehrere hundert Seiten. Wenig später sollte es zum Gesetz erhoben werden.

Gesine Löttsch und ich beantragten daraufhin, die Abstimmung zu verschieben. Denn niemand im „hohen Haus“ konnte das Ganze gelesen, geschweige den geprüft haben. Wir erteteten dafür den Zwischenruf „gottlose Typen“! Ein CSU-Abgeordneter fürchtete um seinen Urlaub zum Heiligen Fest. Alle anderen Fraktionen drängten und stimmten dem Gesetz zu. Im Volksmund heißt es seither „Hartz IV“.

Die PDS und später DIE LINKE waren immer dagegen. Nicht zuletzt, weil damit ein gesellschaftliches Problem, die Arbeitslosigkeit, auf die Betroffenen abgewälzt und gegen sie gewendet wird. Eine Folge davon ist Armut: Alltagsarmut, Kinder in Armut, Altersarmut.

Wir kennen das zur Genüge auch in Marzahn-Hellersdorf. Welch' Hohn schwingt mit, wenn die Bundeskanzlerin beschwört, Deutschland gehe es gut, und wenn auch ihre Minister schwören, sie wollen alle „Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen und Gerechtigkeit gegen jedermann“ üben, so wahr ihnen Gott dabei helfe. Und wenn nicht?

Übrigens: Weihnacht, das Fest der Christen nebst Besinnung, Barmherzigkeit und Baum ist in der offiziellen „Hartz IV“-Zuteilung nicht vorgesehen, fällt aus, Amen. Überhaupt: Für die Tagesnahrung werden unter vier Euro veranschlagt, bei Polizeihunden sind es über sechs Euro. Wer also meint, „Hartz IV“-Empfänger seien auf den Hund gekommen, untertreibt maßlos.

Nun lasse ich mal die linke Sicht weg und erinnere nur schlicht an die Verheißungen der „Hartz IV“-Befürworter. Es waren fünf:

1. Schnelle und passgenaue Vermittlung in Arbeit.
2. Ausreichende materielle Sicherung bei Arbeitslosigkeit.
3. Keine einseitige Belastung der Kommunen.
4. Effiziente und bürgerfreundliche Verwaltung.
5. Breite Zustimmung in der Bevölkerung.

Ungeahndete Rechtsbrüche

Die im Berliner Mietspiegel 2013 ausgewiesenen Ortsüblichen Vergleichsmieten zeigen für Marzahn-Hellersdorf (siehe Beitrag von Dr. Renate Schilling in Ausgabe 12/2013, Seite 4) innerhalb von zwei Jahren Steigerungen von teils mehr als 20%! Für jedermann ist das auf den ersten Blick auffällig. Solch gravierende Steigerungen lassen zweifelsfrei auf nicht zulässige Mieterhöhungen schließen. Die unrechtmäßig überhöhten Mieten werden geduldet von jenen Mietern, die damit bewusst gegen das Gesetz verstoßen und sich zugleich gegen ihre Mitbürger versündigen.

Infolge der Anhebung der Ortsüblichen Vergleichsmiete haben nämlich jetzt alle Mieter eine nach BGB § 558 auch ohne Begründung legale Mieterhöhung zu bezahlen.

Wie aber ist es möglich, dass der Staat Wirtschaftsstrafatbestände – um nichts anderes handelt es sich hier – in ordentliches Recht umwandelt und zum Gesetz erhebt?

In einer Demokratie bedarf es eben keiner Mehrheiten, wenn eine aktive Minderheit ihre kriminellen Energien ungehindert zum eigenen Vorteil anwendet.

Bernd-R. Lehmann

IG BAU

Bildungstag der LINKEN am 23.11. in Hamburg

Unter dem etwas sperrigen Titel: „Teil der Lösung und Teil des Problems – Linke politische Bildung in neoliberalen Zeiten“ wurde u.a. herausgearbeitet, dass wir derzeit eine Entpolitisierung der Gesellschaft erleben. Das heißt Bildungsarbeit wird zunehmend ein „Produkt“, das schwarze Zahlen und ein „Ergebnis“ liefern muss. Sonst „lohnt“ es sich nicht. So wurden bspw. 2010 7,8 Mio. berufsbezogene Weiterbildungen durchgeführt, von denen nur 45.000 politischen Veranstaltungen entsprachen. Das sind Promilleanteile! An Volkshochschulen, die einen durchaus anderen Schwerpunkt haben sollten, betrug der Anteil an politischen Veranstaltungen lediglich 4,5 %. Neoliberale Bildungsarbeit konzentriert sich zunehmend nur auf die berufliche und entsprechend verwertbare Qualifizierung wie Entwicklung der Teamfähigkeit, der Selbstverantwortung und der Subjektverantwortung. Als besonders be-

denklich wird die politische Bildung an Hochschulen eingeschätzt, die in den letzten zehn Jahren ebenfalls enorm zurück ging.

In der politischen Bildungsarbeit wird zunehmend festgestellt, dass es einerseits eine „Bildungsresistenz“ gibt („Wissen wir doch alles schon!“). Andererseits stoßen wir auf ein „konkurrierendes“ Bildungsangebot von Parteien, Gewerkschaften, Stiftungen (usw.). Das ist schade. Oder es findet gerade in Großstädten dadurch ein Überangebot statt. Und niemand braucht die zehnte Marx-Veranstaltung zum Kapital. Oder das 15. Kuba-Seminar im Quartal an verschiedenen Orten der Stadt.

Diskussionen über neue Formen von Methodik und Didaktik der politischen Bildung sind nur bedingt richtig. In der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, waren es gerade die Schulungen des Marxismus/Leninismus (M/L), die einen großen Teil der Werktätigen ansprachen und sie für die politische

Zum Dank fröhliche Kinderaugen

Am 12. Dezember haben wir nun schon zum vierten Mal die Kinder aus dem Geflüchteten- und Wohnungslosenheim in der Otto-Rosenberg-Straße zu einer kleinen Adventsfeier eingeladen. Erstmals haben wir im Don Bosco Zentrum gefeiert. Schwester Margareta Kühn empfing uns in familiärer Atmosphäre in einem festlich geschmückten Saal mit Kakao und Kuchen. Möglich gemacht hat die Feier in dieser Einrichtung unsere engagierte Sozialstadträtin Dagmar Pohle. Wie in bisher jedem Jahr war sie wieder vor Ort dabei und erklärte in wunderbar kindgerechter Weise unsere Traditionen rund um das Weihnachtsfest. Ihr gilt ein ganz besonderer Dank für ihre unermü-



Gekauft von Spenden, verpackt und überreicht von Genossinnen und Genossen – Dutzende Geschenke. Foto: privat

liche Einsatzbereitschaft und die intensive finanzielle Unterstützung. Sie und Julia Witt haben maßgeblich dazu beigetragen, dass wir mehr als 1000 Euro an Spenden für die Kinder aus dem Geflüchteten- und Wohnungslosenheim zusammenbekommen haben. Mit dieser Summe konnten wir nicht nur eine wunderbare Adventsfeier für die Kinder in der Otto-Rosenberg-Straße veranstalten, sondern werden auch noch gezielt auf besondere Bedarfe von Kindern und Jugendlichen im Hellersdorfer Geflüchtetenheim eingehen können. Über den genauen Verbleib der Spenden werden wir in Kürze berichten. Ich möchte an dieser Stelle ganz herzlich allen danken, die mit jedem einzelnen gespendeten Euro, jeder Rolle Schleifenband und mit der Hilfe bei den Vorbereitungen zum Gelingen dieser Feier beigetragen haben. Wir haben als LINKE deutlich gemacht, was für uns Solidarität bedeutet, und dieses im Bezirk einmalige Projekt alle gemeinsam auf die

Beine gestellt. Uns ist es ein besonderes Anliegen dieses Heim zu unterstützen, welches nicht im Zentrum der medialen Öffentlichkeit und großartiger Spendensammlungen steht, aber dennoch schon seit Jahren in unserem Bezirk verankert ist.

Auch 2013 war es erneut eine Herausforderung, für alle Kinder ein passendes und altersgerechtes Geschenk zu finden. Insbesondere den Kindern, die leider schon seit vielen Jahren in diesem Heim leben müssen, wollen wir eine besondere Freude machen. Im Gegensatz zum Auswählen und Einkaufen ging in diesem Jahr das Verpacken der Präsente unglaublich schnell. Nach nicht einmal einer Stunde waren alle 60 Päckchen gepackt und die Geschäftsstelle wieder aufgeräumt.

Auch dies war nur möglich, weil so viele dabei geholfen haben.

Der Höhepunkt des Abends für die vielen Kinder und ihre Familien war selbstverständlich das Verteilen der Geschenke. Wir wurden dabei von Kindern aus dem Stadtteil unterstützt. Sie besuchten uns mit selbst gebackenen Plätzchen und Blini. Vielen Dank dafür an Svetlana Hayduk und Vision e.V. für die tolle Idee, die Geschenke von Kindern aus dem Kiez überreichen zu lassen.

Unser Einsatz für die Kinder und ihre Familien wurde uns wieder mit vielen lachenden Gesichtern und fröhlichen Kinderaugen gedankt. Selbstverständlich werden wir auch 2014 unsere Tradition fortführen, ausreichend Geschenkpapier haben wir dank der zahlreichen Spenden jetzt schon.

Sarah Fingarow

Arbeit motivierte. Zudem hat man leider oft den Eindruck eines Methoden-Fetischismus, bei dem der Inhalt hinten rüberfällt. Bei manchen Beiträgen wird dies leider immer wieder deutlich.

Wir in Marzahn-Hellersdorf haben einige BO, die regelmäßig Bildungsveranstaltungen durchführen. Gleichzeitig bieten Landesverband, Bundesvorstand, die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Helle Panke usw. ebenso zahlreiche Bildungsveranstaltungen an. Schade ist, dass Genossen z.B. bei Sprecherberatungen ansprechen, dass sie ein interessantes Thema hatten, aber leider waren nur wenige Genossen anwesend. Hier sehe ich ein Grundproblem bei uns. Es muss uns endlich gelingen, eine Koordinierung der Veranstaltungen zu organisieren (Terminkalender, Internet, Sprecherberatung usw.).

Uwe Tippelt

Buch über das Sinti- und Roma-Zwangslager Berlin-Marzahn erschienen

Seit 2011 erinnern am Otto-Rosenberg-Platz zehn Ausstellungstafeln an die Biographien der Menschen, die von den Nazis als „Zigeuner“ verfolgt und in Berlin-Marzahn im größten „Zigeunerlager“, das im Reichsgebiet errichtet wurde, interniert wurden. Das von den Nazis zynisch als „Rastplatz“ bezeichnete Lager gehörte mit zur ersten Station der systematischen Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung von Sinti und Roma. Tausende von ihnen wurden zur Zwangsarbeit verpflichtet und von dort aus in Konzentrationslager und in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert und ermordet.

Im November 2013 ist die erste Monographie über das Sinti- und Roma-Zwangslager Berlin-Marzahn erschienen. Die Historikerin Patricia Pientka legt in ihrem Buch „Das Zwangslager für Sinti und Roma in Berlin-Marzahn. Alltag, Verfolgung und Deportation“ eine umfassende Studie zum Zwangslager Berlin-Marzahn vor. Die Autorin fragt nach den Schicksalen der über 1000 Männer, Frauen und Kinder, die dort leben mussten, rekonstruiert die unmenschlichen Lebensbedingungen, schildert die Gewalt gegen die Internierten sowie die Deportationen in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau.

Im Mai 2014 wird Patricia Pientka auf Einladung des „Gesellschaftspolitischen Forums Marzahn-Hellersdorf“ und des Heimatvereins Marzahn-Hellersdorf in unserem Bezirk zu Gast sein, um ihre Forschungsergebnisse der interessierten Öffentlichkeit vorzustellen.

Kristian Ronneburg

Lesetipp:

Patricia Pientka

Das Zwangslager für Sinti und Roma in Berlin-Marzahn. Alltag, Verfolgung und Deportation
Metropol-Verlag, ISBN: 978-3-86331-159-9,
239 Seiten, 19,00 Euro

Kurz informiert: Aus dem Bezirksvorstand

Alle Leserinnen und Leser dieses Info-Blattes sind hoffentlich gut im Jahr 2014 angekommen. Und wohl keiner ist so ganz darum herumgekommen, in den verschiedenen Medien die Höhepunkte des vergangenen Jahres (oder was manche dafür hielten) noch einmal vorgeführt zu bekommen. Aber nun geht es um die Höhepunkte des Jahres 2014. Einer hat – neben den Formalitäten der Konstituierung – den Bezirksvorstand im Dezember schon sehr beschäftigt: Die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014. Und da beginnt schon das Problem: Viele sehen darin gar keinen Höhepunkt. Das Interesse an diesen Wahlen war bisher relativ gering. Bei den vergangenen Wahlen – das war 2009 – betrug die Wahlbeteiligung in unserem Bezirk 25,2 % – also nur die Hälfte im Vergleich zur Bundestagswahl 2013. DIE LINKE schnitt damals mit 38,1 % recht gut ab. Aber vergleicht man die Stimmzahlen, so werden Reserven deutlich: Würden alle, die im September hier im Bezirk DIE LINKE gewählt haben, sie im Mai wieder wählen, hätten wir unsere Stimmzahl mehr als verdoppelt! Das ist zugegeben etwas vereinfacht, aber daraus lässt sich eine Aufgabe ableiten. Die „Linken“ sind nämlich im Europaparlament nicht gerade üppig vertreten. Von den 766 Abgeordneten gehören 34 zu „unserer“ Fraktion, die den etwas umständlichen Namen „Konföderierte Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke“ trägt. Und davon kommen acht aus der LINKEN. Da ist ja wohl noch ganz erheblich „Luft nach oben“.

Nun kann man wohl viele Ursachen für das

mangelnde Interesse finden. Das ganze „System Europa“ – das ja gar nicht ganz Europa umfasst – ist äußerst intransparent und wenig demokratisch legitimiert, kaum jemand kennt sich aus, welche Kompetenzen die einzelnen Institutionen haben, viele Entscheidungen werden zwischen Regierungschefs oder Ministern ausgekungelt. Wer könnte denn schon etwa an einem Stand auf die Frage antworten, was die Kompetenzen des Europaparlaments sind? Mit einer Regierungsbildung hat es jedenfalls nichts zu tun, mit Gesetzen schon, aber nur eingeschränkt. Also geht es erst mal darum, sich Wissen anzueignen. Dazu haben wir für die Hauptversammlung am 11. Januar 2014 Martina Michels eingeladen, sie ist eine Abgeordnete unserer Partei in diesem Parlament und wird uns sachkundig informieren. Und weitere Veranstaltungen sind schon geplant.

Aber es gibt auch eine vielleicht etwas schlichte, aber durchaus wichtige Überlegung: Das Europäische Parlament ist die einzige von der Bevölkerung nach demokratischen Prinzipien gewählte Institution auf dieser Ebene, es hat Einfluss auf Entscheidungen (sicher zu wenig) und nimmt das zunehmend wahr. Und wo es solche Einflussmöglichkeiten gibt, da sollte es eine möglichst starke linke Kraft geben. Darum muss eine jede linke Partei in ihrem Land kämpfen – so sind nun mal die Regeln (Hilfe ist natürlich nicht verboten, sondern ausdrücklich gewünscht!). Und DIE LINKE ist eine wichtige Kraft in der Europäischen Linken – daran sollten wir nicht nur denken, wenn wir einmal im Jahr dafür Beitrag zahlen.

Bernd Preußer

Weihnachten in der BVV


Zum Beginn der letzten Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf im Jahr 2013 erwartete alle Verordneten eine kleine Überraschung. Die Fraktionsvorsitzenden der LINKEN und von den Piraten hatten eine Runde Winter-Mate ausgegeben. Außerdem gab es vom Bezirksamt wie jedes Jahr einen Wandkalender mit Fotos aus dem Bezirk. Damit war der weihnachtliche Teil der Veranstaltung dann aber bereits beendet. Einzig die Kürze der Tagesordnung war vielleicht ein Tribut an das bevorstehende Fest – so war die Arbeit dann auch bereits kurz vor 21 Uhr erledigt. Und ohne die Drucksachen der LINKEN wäre die Sitzung wohl noch deutlich früher zu Ende gewesen, doch auch im Dezember gab es viele dringende Fragen und Probleme, die es zu bearbeiten galt.

Nachdem bekanntgeworden war, dass Senat und Entsorgungsfirmen planen, in unserem Bezirk die Hausglastonnen abzuschaffen, hatte die Linksfraktion einen Antrag eingebracht, dass sich das Bezirksamt für deren Erhalt einsetzen sollte. Noch vor der Sitzung waren CDU und SPD dem Antrag beigetreten; im Laufe der Sitzung folgten Piraten und Grüne. So wurde der Antrag dann auch mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Einen

entsprechenden Antrag hat DIE LINKE auch im Abgeordnetenhaus eingebracht. Nichtsdestotrotz werden Fraktion und Bezirksverband der LINKEN in Marzahn-Hellersdorf auch außerparlamentarisch Druck machen und die Proteste gegen die wenig mieterinnen- und mieterfreundlichen Pläne unterstützen.

Des Weiteren thematisierte DIE LINKE die sich abzeichnenden Probleme mit dem gerade erst beschlossenen Bezirkshaushalt für die Jahre 2014/2015. In der Nachbetrachtung durch Senat und Abgeordnetenhaus wurde dem Bezirk eine Verfügungsbeschränkung von ca. 1,4 Millionen Euro auferlegt. Hinzu kommen 1,88 Millionen geplante Ausgaben, denen bisher keine entsprechenden Einnahmen bzw. Einsparungen an anderer Stelle gegenüberstehen. Auch in der Sitzung war das Bezirksamt, namentlich der SPD-Finanzstadtrat Komoß, nicht in der Lage, befriedigende Auskunft zu geben, wie und wo er die fehlenden Gelder aufzutreiben gedenkt. So gingen zumindest die Verordneten unserer Fraktion in der Gewissheit nach Hause, dass auch im kommenden Jahr wieder viel Kraft vonnöten sein wird, um für die Interessen aller Bewohnerinnen und Bewohner in Marzahn-Hellersdorf zu streiten.

Hassan Metwally



Mitmachen!

Jetzt Mitglied werden! Mitmachen und einmischen! Für einen gesetzlichen Mindestlohn. Gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr. Für einen wirklichen Klimaschutz. Am besten persönlich im Linken Treff in der Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin (siehe Impressum). Gern senden wir eine Eintrittserklärung per Post zu.

Post (nicht nur) an uns

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte hiermit als Mieter meinen Unmut zum Abzug der Glascontainer auf den hausnahen Containerplätzen in der Großsiedlung OT Hellersdorf zum Ausdruck bringen.

Bisher hat sich diese Art der Entsorgung über Jahre hinweg bewährt und wurde von den Mieterin und Mietern angenommen. Wenn sie argumentieren, dass hier keine Trennung in Grün- und Braunglas erfolgte, dann liegt es doch am Entsorger, der nur Weiß- und Buntglascontainer vorgehalten hat.

Sie werden noch mit diesem Modellprojekt (50 %) ihr blaues Wunder erleben. Die Mieterin und Mieter werden ihnen den Gefallen nicht tun und für ihre Profitinteressen (durch Reduzierung der Entsorgungskosten, gegen die Interessen der Mieter) bis zu 300 m von ihrer Wohnung entfernt ihre Flaschen und Gläser in die Iglus transportieren; ähnlich wie im Verhalten zum Sperrmüll, der gar zu oft auf den Containerplätzen entsorgt und nicht zum Recyclinghof gebracht wird.

Ich denke bei dieser Entscheidung dabei auch an die älteren Mieterinnen und Mieter, z.T. behindert, denen ein solcher Weg nicht zugemutet werden kann. Uns hat es hier kalt erwischt. Wir wurden nicht einmal informiert, wo die Iglus für uns stehen.

Ein weiterer die Kosten in die Höhe treibender Aspekt: Da nun die Altglascontainer abgezogen sind, werden die grauen Restmüllbehälter (RMB) dieses Volumen aufnehmen. Die Folge: Es muss ein zusätzlicher grauer RMB aufgestellt werden. Darüber freut sich wieder die BSR, die diese Behälter entsorgt. Zusätzliche Kosten für die Mieterinnen und Mieter: 2.474,72 € / RMB x a, bei zweimaliger Entleerung / Woche, dazu ein höherer Aufwand für die Vorsortierung bei der Müllverbrennung. Eigentlich ließen sich doch die Tarife bei der Entsorgung der RMB dadurch erhöhen, wäre mein Vorschlag. Ich habe so den Eindruck, dass sie als Entsorger nicht mehr an einer höheren Erfassungsquote von Altglas interessiert sind. Diese Entscheidung muss sowohl aus umweltrelevanten Gesichtspunkten als auch im Interesse der Mieterinnen und Mieter rückgängig gemacht werden.

Georg Brozek

Dagmar Pohle: Ein ganz persönlicher Jahresrückblick

Zu meinem Geburtstag im September erhielt ich das Buch „Auf einen Tee in der Wüste. 11.000 Kilometer bis Jerusalem“ geschenkt. Als Autorin stand Schwester Jordana auf dem Cover. Zu dem Zeitpunkt hatte ich weder Zeit noch Nerven, es mir genauer anzusehen oder zu lesen. Aber jetzt gab es etwas Ruhe rund um die Feiertage und ich begann zu lesen und konnte das Buch nicht mehr aus der Hand legen.

Sr. Jordana Schmidt war als Ordensfrau des Dominikanerordens mit einem Fernsehteam auf den Spuren mittelalterlicher Kreuzfahrer, mit Startpunkt in Istanbul und Stationen wie Konya und Antakya, Tripoli und Tyros, Hebron und Jerusalem, unterwegs. Ich kenne den Film nicht, aber bei dieser Reise ginge es, wie es im Vorwort des Buches heißt, „um ein Kennenlernen, auch um das Auseinandersetzen mit dem Christentum, dem Islam sowie dem Judentum. Auf der Strecke würden wir immer wieder Menschen treffen, die sich – jeder auf seine Art – für ein gutes Zusammenleben der Religionen einsetzen, zum Beispiel im ‚Chor der Zivilisationen‘ in Antakya oder in der israelischen Schule ‚Brücke über den Wadi‘, in der palästinensische und jüdische Kinder gemeinsam lernen. Aber wir würden auch mit der Hisbollah konfrontiert werden, mit einem israelischen Ex-Soldaten von ‚Breaking in the

Silence‘ sprechen, regimekritische Künstler treffen. Wir würden tanzende Derwische sehen, auf einen Tee in die Wüste Negev zu den Beduinen gehen, dem ‚Peace Village‘ der Black Hebrews in Israel einen Besuch abstatten. Dabei würden wir hoffentlich nicht nur etwas über die Kulturen und Denkweisen erfahren, sondern auch einiges über uns selbst.“ (S. 8 f.) Und genau diese Reflexionen finden sich in diesem spannenden Büchlein. Und während des Lesens schweiften meine Gedanken, angeregt durch den Bericht über die Menschen in den besuchten Orten, zu den Auseinandersetzungen um das Asylbewerberheim in der Carola-Neher-Straße und die dabei gemachten Erfahrungen. Während eines Gesprächs mit Überlebenden des Holocaust in dem Elternheim „Pinchas Rosen“ stellt sich Sr. Jordana die Frage, wie es möglich war, dass im Deutschland der 1930er und 1940er Jahre so viele wegschauten, dass so viele mitmachten, dass so viele schuldig wurden ... Und mir stehen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerversammlung am 9. Juli vor Augen. Junge Männer und Frauen, die skandierten: „Nein zum Heim“, „Ausländer raus“ und AnwohnerInnen, die paralysiert waren und sich nicht wagten, denjenigen zu klatschen, die für das Heim und die Flüchtlinge warben. Junge Frauen, selbst mit

Kindern an der Hand, die mir und anderen hysterisch ins Gesicht schrien, dass ihnen das Leben der Flüchtlingskinder egal wäre, die nach Arbeit und Kitaplätzen schrien, aber die angebotene Hilfe bei der Suche dem einen und dem anderen nicht annahmen.

Sr. Jordana verweist auf die Stelle im Matthäusevangelium, als es um das Weltgericht geht.

Aber das reicht für uns nicht, wir müssen heute und hier Antworten finden. Warum gibt es auch bei uns diese latente Ausländerfeindlichkeit, warum so wenig Empathie für die Not anderer? Seit dem 9. Juli hat sich viel getan, viele, vor allem auch junge Leute aus unserem Bezirk, sind aktiv geworden, haben ganz praktische Solidarität gezeigt, die Ankömmlinge begrüßt und begleiten sie auf vielfältige Weise beim Heimischwerden. Aber dabei dürfen wir nicht stehen bleiben, wir müssen gemeinsame Antworten finden, wie wir alle, die hier leben und zu Hause sind, gewinnen für ein solidarisches, demokratisches Miteinander!

Dabei haben die Angriffe mit Böllern auf die beiden Gebäude des Wohnheimes in der Silvesternacht gezeigt, wie wichtig es ist, sich auch 2014 aktiv solidarisch mit den Asylsuchenden zu zeigen, Rassistinnen, Rassisten und Nazis entschlossen entgegenzutreten!

Energiewendedemo

am 30.11.2013

Bundesweit wurde zur Demo unter dem Motto „Energiewende jetzt“ aufgerufen und sogar europaweit reisten ca. 16000 Demonstranten an. Viele Persönlichkeiten der Energiewendebewegung sprachen auf der Kundgebung. Mit jedem Redner wurde die Masse lebendiger und kampfbereiter. Kampfbereit nicht im Sinne von Gewalt, sondern alles jedem Einzelnen Mögliche zu tun, um die Energiewende doch noch zu retten. Kernaussagen der Redner betrafen Wegfall der großen Konzerne – hin zu kommunalen Werken, Ablehnung des Kohleabbaus und der damit verbundenen Zerstörung der Landschaften sowie sofortigen Ausstieg aus der fossilen und Atomenergie und Verbot des hochgefährlichen Frackings. Der sich durch die Straßen windende energiegeladene Protestzug erregte große Aufmerksamkeit. Vor dem Sitz des Bundestages ließen Demonstranten selbst gestaltete Drachen als weit sichtbares Zeichen steigen. Wir anderen umzingelten das Bundeskanzleramt. Mit den vielen entschlossenen Menschen gelang das, trotzdem wünschte ich mir eine größere Aktionsfreude bei unseren Genossen. Dieser Frage muss sich aber jeder selbst stellen. Die Abschlusskundgebung motivierte zum Dranbleiben. Das Tagesziel wurde erreicht, aber die Bereitschaft zur Wachsamkeit war bei allen zu spüren. So traf der Aufruf zu weiteren Aktivitäten auf fruchtbaren Boden. Machen wir uns also auf weitere Aktionen bereit! Das Thema Energiewende bleibt aktuell, und Spaß machen solche Aktivitäten auch.

Konni Krüger

Wolfgang Brauer (MdB):

Was links ist, soll man auch links nennen!

Es ist noch kein Wahlkampf. Weder für Europa noch für das Berliner Abgeordnetenhaus. In Berlin haben wir gerade die halbe Wahlperiode hinter uns gebracht. Gar nichts halte ich von wilden Spekulationen über mögliche andere Koalitionen. Das sind Träumereien an preußischen Kaminen. Mit der Berliner SPD in ihrem jetzigen Zustand zu koalieren bedeutete einen hohen Grad Wirklichkeitsverweigerung.

In den letzten Monaten gelang es uns, wieder mehr Profil zu zeigen als zu Beginn der Wahlperiode. Sowohl in den Haushaltsberatungen – obwohl wir sicher den Etat in seinen Grundstrukturen nicht sehr viel anders „gestrickt“ hätten; ein Landeshaushalt hat immer einen Pflichtenkatalog zu bedienen – als auch auf vielen fachpolitischen Feldern konnten wir als Oppositionspartei Wirkung erzielen. Ich bin Kulturpolitiker, deshalb dazu ein paar Worte. Lothar Bisky sagte einmal, dass man in der Kulturpolitik einen langen Atem brauche und zudem listig sein müsse. Seit über zehn Jahren kämpfe ich für die Erweiterung des „bauhaus-archivs“. Die Bauhaus-Idee war eine linke Kulturströmung. Es war folgerichtig, dass das Bauhaus von den Nazis erbittert bekämpft wurde. Es war folgerichtig, dass es im alten Westberliner Denken ein Schattendasein führte. Auch durch unseren jahrelangen Druck – und listige Ideen – kommt jetzt der Erweiterungsbau. Zeitgleich mit der Torpedierung des Bauhauses im CDU/SPD-regierten Sachsen-Anhalt. Klaus Wowereit wird

sich mit dem Bau ebenso schmücken, wie er es mit der Zentral- und Landesbibliothek tut. Auch dieses Projekt ist ein zutiefst linkes! Wir haben ihn zu rot-roten Zeiten dazu tragen müssen, wie den berühmten Dackel zum Wild. Und es schmerzt, wenn immer wieder ausgerechnet aus linken Kreisen Attacken gegen das Bibliotheksprojekt geritten werden. Richtig ist: Die Situation der bezirklichen Bibliotheken ist absolut unbefriedigend. Aber das darf man nicht Gegeneinander aufrechnen. Hier ist festzustellen, dass das aktuelle System der bezirklichen Kulturfinanzierung – zu der die Bibliotheken ebenso wie die Musikschulen gehören! – für die Bezirkskultur tödlich ist! Ich wünsche mir sehr, dass auch linke Haushälter über ihren Schatten springen und ebenso wie die grünen Bezirkspolitiker in Friedrichshain-Kreuzberg einsehen, dass für die bezirkliche Kultur ein grundsätzliches Umdenken nötig ist. Wowereit und seine SPD-Kollegen wissen um den Teufelskreis, den sie selbst konstruiert haben. Sie vertreten aber auch die arrogante Meinung, dass sei ausschließlich Sache der Bezirke. Nein, wer Landespolitik macht, hat die Stadt als Ganzes zu sehen! Von Spandau bis Hellersdorf, von Buch bis Britz.

Momentan ist DIE LINKE die einzige Partei, die das versucht. Das ist eines unserer Alleinstellungsmerkmale. Die Küken werden im Herbst 2016 gezählt. Dann kann man über Koalitionen reden – oder auch nicht.

Aus den Siedlungsgebieten: Siedlungsverträgliche Grundwasserstände sichern - den Wasserpreis senken!

Der Verband der Grundstücksnutzer (VDGN) fordert die SPD-CDU Regierungskoalition in Berlin auf, den Wasserpreis deutlich zu senken und siedlungsverträgliche Wasserstände zu gewähren. Damit befindet sich der Verband mit den wesentlichen Zielen der Linken im Berliner Abgeordnetenhaus in Übereinstimmung. Nachdem im ersten erfolgreichen Berliner Volksentscheid die Offenlegung der Verträge zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe erreicht wurde ist der politische Wille zur Entlastung der Bürger_innen bisher nicht zu spüren. Das Land Berlin das infolge der eingeleiteten Rekommunalisierung zum Volleigentümer wurde, zeigte bisher keinen Willen zur Senkung der Preise bei der Trinkwasser und bei der Abwasserversorgung. So ist die Klage der Berliner Wasserbetriebe gegen das Bundeskartellamt aus der Zeit des teilprivatisierten Betriebes weiter anhängig. Das Bundeskartellamt hatte verfügt, dass Berlin die Preise für das Trinkwasser um 18 Prozent senken muss. Der VDGN kritisiert hier insbesondere die Aussagen des Finanzsenators Nußbaum (SPD), dass beim Wasserpreis keine Veränderungen zu erwarten sind. Im Volksentscheid um das Wasser ging es darum, ein Ende der Gewinngarantien für die privaten Anteilseigner und einen kostengünstigen Rückkauf der Anteile von RWE und Veolia zu erreichen. Die Koalition von SPD und CDU hat hier den Volkswillen völlig ignoriert. Sie betreibt eine Rekommunalisierung, bei der die Anteile von RWE und Veolia zu völlig überhöhten Preisen erfolgt. Die Abgeordneten der LINKEN, Harald Wolf und Klaus Lederer, haben in der

Debatte um das Berliner Wasser und die Berliner Wasserbetriebe im Abgeordnetenhaus von Berlin Alternativen zum jetzigen Regierungshandeln aufgezeigt. Es geht letztendlich um die Senkung der Wasserpreise. Aus heutiger Sicht muss das Ziel eine deutliche Senkung der Wasserpreise um 25 Prozent sein. Nur so kann der Wasserverbrauch in der Stadt deutlich angekurbt und ein wirksamer Beitrag zur Senkung der Grundwasserstände erreicht werden. Durch die Deindustrialisierung von Berlin und den sparsamen Wasserverbrauch in den Haushalten ist der Grundwasserspiegel heute so hoch wie Ende des Zweiten Weltkrieges. In den Siedlungsgebieten kommt es in Folge von erhöhtem Grundwasser, vom so genannten Schichtenwasser, und durch eindringende Nässe immer wieder zur Bedrohung der Bausubstanz von Eigenheimen und Häusern. Ohne ein erfolgreiches Wassermanagement und nachhaltige Maßnahmen zur Grundwassersenkung ist dieser Zustand nicht zu ändern. Die Berliner LINKE und unserer Bezirksverordneter der LINKEN, Eberhard Roloff, haben diese Grundforderungen immer wieder deutlich gemacht und bringen sich in die Bewegung für die Senkung des Wasserpreises und siedlungsverträgliche Grundwasserstände ein. Wir unterstützen das Anliegen des VDGN, eine Berliner Grundwasserkonferenz einzurichten. Hier sollen sachverständige Vertreter_innen der Wirtschaft, Wissenschaft und Politik geeignete Lösungswege für die Kostensenkung und siedlungsverträgliche Wasserstände erarbeiten.

Klaus-Jürgen Dahler
Bezirksverordneter

Marzahn-Hellersdorf wächst – aber wie?!

Seit Mitte der 1990er Jahre hatten die Großsiedlungen Hellersdorf und Marzahn massive Wanderungsverluste zu verzeichnen, in Marzahn-Nord und Hellersdorf-Nord betrug der Bevölkerungsrückgang fast 30 %. Es folgten: Rückbau von Wohnraum bzw. nicht mehr benötigter sozialer Infrastruktureinrichtungen (wie Schulen, Kitas etc.). Inzwischen ist jedoch ein Wandel eingetreten. Seit Mitte der 2000er Jahre ist besonders nach Marzahn-Nord, Hellersdorf-Nord und Hellersdorf-Ost ein bedeutender Zuzug von Familien und Alleinerziehenden mit kleinen Kindern zu verzeichnen, was allerdings nichts an der Alterung insgesamt ändert (siehe Beitrag „Quo vadis Einzelhandel?“ in der Ausgabe 11/2013), auch weniger Ältere als bisher ziehen weg. Ein Grund für beides ist die noch günstige Miethöhe. Marzahn-Hellersdorf ist einer der Bezirke, die von Segregation betroffene Menschen aus der Innenstadt aufnehmen. Dabei sollte auch unser Ziel sein, eine gute soziale Mischung im Bezirk zu erhalten bzw. zu entwickeln. Auch das im Auftrag des Bezirksamtes vom Planern erarbeitete „Wohnungsmarktentwicklungskonzept“ nimmt diese Vorstellung auf,

konstatiert aber zugleich, dass sich Defizite im unteren Preissegment verschlechtern und die Nachfrage nach preisgebundenen Wohnungen im Bezirk deutlich erhöhen werden. Im Konzept dargestellt werden aber Flächen für Wohnungsbaupotentiale in Randlagen des Kleinsiedlungsgebietes und der Großsiedlung Hellersdorf, für die jeweils auch eine Höherstufung der Wohnlagen verlangt und Neuvermietung ab 9,-€ kalt/m² angestrebt wird. Es gibt allerdings bisher kaum Interesse der ansässigen Wohnungsunternehmen, selbst aktiv zu werden.

Im Sinne einer sozialen Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik bedarf es wohl aber einer sinnvollen Koordinierung bzw. Moderation durch einen Verantwortlichen des Bezirksamtes und der Gesprächs- und Verantwortungsbereitschaft öffentlicher und anderer großer Wohnungsunternehmen. Schon jetzt gibt es Probleme bezüglich Wohnungen fürs geschützte Marktsegment oder bezüglich der Verhinderung von Räumungsklagen und Obdachlosigkeit, um nur einiges Bristantes zu nennen.

Frank Beiersdorff
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Tag der Regional- und Heimatgeschichte 2013

Der sehr aktive Heimatverein Marzahn-Hellersdorf (HV M-H) veranstaltet alljährlich den Tag der Regional- und Heimatgeschichte als besonderen Höhepunkt. Der am 2. November in der Alice-Salomon-Hochschule durchgeführte war als Begleitveranstaltung zur Ausstellung „Marzahn-Hellersdorf 1933-1945“ im Bezirksmuseum konzipiert und reihte sich ein in die vielfältigen Aktivitäten im Rahmen des Berliner Themenjahres „Zerstörte Vielfalt“.

Wie überall im Dritten Reich wurde auch in Marzahn-Hellersdorf das ganze System von nationalsozialistischer Vereinnahmung und Gleichschaltung sowie Verfolgung und Vernichtung in sehr kurzer Zeit ab Januar 1933 eingerichtet. Andererseits regte sich früh politischer Widerstand gegen die Nazi-Herrschaft vor allem in Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf. Ausgewählte Vorträge zu hiesigen Forschungsergebnissen u. a. zu den



Blick ins Publikum beim Tag der Regional- und Heimatgeschichte Foto: R. Schilling

Unterthemen NS-Propaganda, Zwangsarbeit, Euthanasie sowie Politischer Widerstand und Gedenken an die Opfer des NS-Regimes im heutigen Bezirk werden Eingang in die elfte Ausgabe der vom Heimatverein herausgegebenen Heftreihe „Beiträge zur Regionalgeschichte“ finden. Alle seine Publikationen vertreibt der Heimatverein über die lokalen Buchhandlungen und das Bezirksmuseum zu Selbstkostenpreisen.

Ausführlichere Informationen unter www.heimatverein-marzahn.de

C. Reise (HV M-H)



Interview mit Martina Michels zu den Europawahlen 2014

von Kristian Ronneburg

Linksjugend: Seit der letzten Europawahl hat sich die EU unter dem Eindruck der Krise sehr verändert. Während sich Deutschland zum europäischen Hegemon entwickelt und die Bundesregierung durch ihre Austeritätspolitik sowie übermäßige Exportüberschüsse die Spaltung der EU in „arm“ und „reich“ forciert, leiden insbesondere die Menschen in Griechenland und Spanien unter dem Diktat der Bundesregierung und der Troika. Während der soziale Kitt in besagten Ländern immer mehr zu erodieren droht, scheint es so, als würden die Profiteure der Krise – Banken, Hedgefonds und Wirtschaftseliten – auch künftig unbeschadet davon kommen. Welche Antworten hat die Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) auf die Krise?

Martina Michels: In der Tat steckt die EU in einer tiefen Krise. Linke Antikrisenpolitik vertritt nicht plötzlich ganz neue Ziele, denn den Finanzmarktkapitalismus haben wir nun wirklich schon lange kritisiert. Und obgleich sich die Situation jedes Landes und die Forderungen der unterschiedlichen Mitgliedspartei der GUE/NGL-Fraktion im Detail hier und da unterscheiden, haben wir in der Hauptsache gemeinsame Ziele: Was uns verbindet, ist die Vision eines sozial gerechten, friedlichen und nachhaltigen europäischen Integrationsprozesses auf der Grundlage internationaler Solidarität. Europa kann einen großen Beitrag leisten, um die Lebensbedingungen vieler Menschen zu verbessern – dies erfordert natürlich einen gewissen politischen Willen.

Die bisherige Krisenbewältigungspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten führt leider nicht zur Verwirklichung dieser Vision. Diese Politik fußt zu häufig auf einer radikal marktorientierten Logik des Wettbewerbs sowohl innerhalb der EU als auch gegenüber Drittländern. Europa ist kein armes Opfer der aktuellen Wirtschafts-, Finanz-, Umwelt- und Demokratiekrise, die falsche Politik der Regierenden ist deren Ursache.

Wir LINKEN kämpfen in Deutschland und in der EU für mehr und bessere Arbeitsplätze und Bildungsmöglichkeiten, für soziale Sicherheit und soziale Solidarität, für einen respektvollen Weg, um mit unserer Erde und ihren Ressourcen, für kulturellen Austausch und Vielfalt, für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und für eine konsequente und starke Friedenspolitik. Dies müssten aus unserer Sicht die Ziele des europäischen Integrationsprozesses sein.

Wir sehen es als unsere Aufgabe, die EU transparenter und für die Menschen greifbarer zu machen. Das bedeutet mehr direkte Demokratie und die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Die

EU soll ein Projekt der Menschen werden, nicht Projekt der Eliten bleiben. Es geht dabei um gleiche Rechte für Frauen und Männer, die Verwirklichung der Bürger- und Menschenrechte, Antifaschismus und Antirassismus sind ein starker Teil der Tradition der linken Bewegungen in Europa.



Linksjugend: Der Parteivorstand hat den Entwurf des Europawahlprogramms beraten und als Leitartikel für den Hamburger Parteitag im Februar 2014 beschlossen. Mit welchen Maßnahmen und Ideen will DIE LINKE im neu gewählten Europäischen Parlament der Wirtschafts- und Demokratiekrise in Europa begegnen?

Martina Michels: Auch auf dem Hamburger Parteitag wird das Rad nicht komplett neu erfunden: Neben den eben genannten grundlegenden Zielen ist eine ganz zentrale Aufgabe der LINKEN in Europa die Verteidigung und die Wiedererlangung des Öffentlichen: der öffentlichen Daseinsvorsorge, des Gemeineigentums, des öffentlichen Raumes, der sozialen Dienste. Kurz: die sozialen und bürgerlichen Rechte und Freiheiten.

Und natürlich ist es wichtig, wirklich gemeinsame Projekte mit unterschiedlichsten Akteuren zu organisieren: auf lokaler und regionaler Ebene genauso wie auf Deutschland bezogen, grenzübergreifend, europäisch und auch global.

Dazu kommt natürlich eine ganze Reihe von Vorschlägen, wie mit der Banken- und Finanzkrise umgegangen werden sollte. Klar ist auch, dass wir die Kürzungs- und Privatisierungspolitik ablehnen. Die betrifft ja gar nicht nur die Länder, denen sie zusammen mit den Bankenrettungspaketen aufgedrückt wird: Auch in Deutschland können Viele ein - trauriges - Lied davon singen. Als Alternative wollen wir LINKEN ein Investitions- und Förderprogramm, das zentral auf einen sozial-ökologischen Umbau der bisherigen Wirtschaftsstrukturen zielt. Und schließlich ist für eine wirtschaftliche und demokratische Erneuerung der EU der Ausbau zu einer politischen und sozialen Union erforderlich.

Letztlich gibt ein Wahlprogramm vor allem eine Richtung und bestimmte Kernziele für linke Europapolitik in den kommenden fünf Jahren vor. Der Erfolg hängt am Ende davon ab, wie es uns gelingt, mit Klugheit und politisch geschicktem Handeln den täglichen Herausforderungen innerhalb und außerhalb des Europäischen Parlamentes gerecht zu werden.

Linksjugend: Angesichts der niedrigen Wahlbeteiligung bei Europawahlen steht auch DIE LINKE vor der großen Herausforderung Wähler*innen zu mobilisieren. Gleichzeitig wird mit der AfD erstmals eine dezidiert euro-kritische und rechtspopulistische Partei zu den Wahlen antreten, die zuvor knapp am Einzug in den Bundestag gescheitert ist. Wie entfachen wir in unserer Partei und der Bevölkerung politische Leidenschaft für Europa, ohne gleichsam unsere Kritik am neoliberalen Projekt EU zu entschärfen?

Martina Michels: Die AfD versteckt hinter ihren Parolen antisoziale und antiemanzipatorische Ziele die wir nicht teilen, weil sie mit linker Politik nichts zu tun haben. Mit ihren populistischen Forderungen hat sie aber Chancen, über die 3%-Hürde zu kommen. Erst recht, wenn viele Wähler anderer Parteien am Wahltag zu Hause bleiben. Uns Wahlkämpfer interessiert ja meistens vor allem das Wahlergebnis für unsere Partei. Das ist auch verständlich, weil davon viel für die Parteien und Kandidaten abhängt. Aber wenn demokratische Legitimation, sogar Leidenschaft, das Ziel ist, geht es um deutlich mehr, nämlich um das ganz persönliche Gefühl der Betroffenheit und des Gestaltwollens.

Es geht am 25. Mai 2014 um nichts Geringeres als die Zukunft der EU und die Zukunft jeder und jedes Einzelnen in der EU. Vielen sind die Aufgaben und Befugnisse des Europaparlaments, aber auch dessen Mitglieder nicht bekannt. Es ist aber mit seinen Gesetzgebungsaufgaben für unseren Alltag genauso entscheidend wie der Bundestag. Ob es um Regelungen zur Daseinsvorsorge oder öffentlichen Ausschreibungen geht, den Gebrauch unserer Gesundheits-Chipkarte, die Fluggastrechte bei Zug- und Flugverspätungen – das alles wird durch EU-Bestimmungen vorgegeben und greift tief in unser Alltagsleben ein. Auf lokaler oder regionaler Ebene muss oft nur noch umgesetzt werden, was durch EU-Rechtsvorschriften vorgegeben ist. Im Kern geht es bei „Europa“ aber auch um eine eigentlich ur-linke Idee: um das friedliche und solidarische Zusammenleben miteinander und mit allen Menschen auf der Erde.



Martina Michels

» Die Berliner Europaabgeordnete der LINKEN, Martina Michels, bietet Termine nach Vereinbarung an: Europabüro, Unter den Linden 50, 10117 Berlin, Telefon: 030 22771787, E-Mail: europabuero.dielinke@bundestag.de

Haupt - und Vertreterversammlung

» **11.1., 10 Uhr**, Kulturforum Hellersdorf, Carola-Neher-Str. 1, 12619 Berlin, **2. Tagung der 4. Hauptversammlung** u.a. mit Nachwahl (Liste zur Mindestquotierung) für den Bezirksvorstand, Wahl von Bundesparteitage delegierten, Gast: **Martina Michels** (MdB), **13.30 Uhr Vertreter_innenversammlung** (u.a. Wahl von Vertreterinnen und Vertretern für die Bundesvertr.-versammlung der LINKEN)

Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

» **12.1., 9 - 13 Uhr**, Gedenkstätte der Sozialisten, Berlin-Friedrichsfelde; bringt Blumen mit!

Jahresauftakt der Partei der Europäischen Linken 2014

» **12.1., 14 Uhr** (Einlass 13.30 Uhr) **bis 17.00 Uhr**, Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, 10178 Berlin: „Für Europa ohne Bankennacht – Friede den Hütten“, mit Gregor Gysi, Sahra Wagenknecht, Dietmar Bartsch, Oskar Lafontaine, Alexis Tsipras, Pierre Laurent u.v.a.

Neuenhagener Gespräch

» **22.1., 19 Uhr**, Bürgerhaus Neuenhagen, Hauptstraße 2, 15366 Neuenhagen mit Lutz Amsel, 1. Beigeordneter des Landrates von MOL, Karsten Knobbe, Bürgermeister von Hoppegarten-Hönow, Dr. Uwe Klett, Bürgermeister von Fredersdorf-Vogelsdorf, Thema: **Schwerpunkte einer linken Kommunalpolitik**, Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V.

Mietenratschlag

An **jedem 4. Donnerstag**, wieder am 23.1.2014, bietet DIE LINKE im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin-Mitte von 17.00 bis 19.00 Uhr im Raum 523 **Rat und Hilfe zum Thema Wohnen/Mieten**

Politischer Frühschoppen

» **26.1., 10.30 bis 13.00 Uhr**, Stadtteilzentrum, Alt-Biesdorf 15, 12683 Berlin, mit **Regina Kittler**, Mitglied des Berliner Abgeordnetenwahlkreises Biesdorf/Marzahn-Süd/Friedrichsfelde-Ost, und **Dagmar Pohle**, stellv. Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf

Hinten links:

Europa hinter dem Bosphorus

Es ist ein weiter Weg bis in die Türkei – für diese ein noch weiterer bis Europa.

Die Türkei ist Mitglied der NATO – wodurch die meisten EU-Staaten eng mit dem EU-Nichtmitglied Türkei verbunden sind.

Dadurch ist die Grenze der Türkei auch unsere Außengrenze – und der Iran, Irak, Syrien sind unsere „Nachbarn“.

Das von den drei Großen in der EU – Deutschland, Frankreich und Großbritannien – gemeinsam entwickelte Artillerie-Ortungsradar COBRA zur Ortung und Klassifizierung von Artillerie- und Mörsergeschossen sowie Raketen ist u. a. in der Türkei an der Grenze zu Syrien eingesetzt.

Frage

Wenn weltweit multinationale Rüstungszusammenarbeit und Kriegserfahrungen zu immer leistungsfähigeren Waffen und Taktiken führen – wie soll davon ohne Abrüstung Frieden ausgehen?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» **7.1., 21.1., 4.2.** jeweils **19.30 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, Beratungen des Bezirksvorstandes, weitere Termine unter www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **9.1., 6.2.** jeweils **18 Uhr** (BO Biesdorf/Marzahn-Süd), Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin

» **9.1., 6.2.** jeweils **19.30 Uhr** (BO Marzahn) Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **9.1., 6.2.** jeweils **19.30 Uhr** (BO Hellersdorf) Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

Sprechstunden

» **13.1., 10.2.** jeweils **17 Uhr**, **Dr. Manuela Schmidt** (MdB), Stadtteilzentrum, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **14.1., 18.30 - 20.30 Uhr**, **Wolfgang Brauer** (MdB), Nachbarschaftshaus „Kiek in“, Rosenbecker Straße 25-27, 12689 Berlin

» **22.1., 10 - 12 Uhr**, **Petra Pau** (MdB), Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, telefon. Anmeldung 030 99289380

Siehe auch: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/

Jugendgruppe - Linksjugend MH

» **17.1., 18 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin (an jedem 3. Freitag eines Monats), Treffen der Jugendgruppe - Linksjugend Marzahn-Hellersdorf

Frauentreffen

» **3.2., 18 Uhr**, in den Räumen von Vision e.V., Wittenberger Straße 67, 12689 Berlin, für interessierte Mitglieder und Sympathisantinnen der LINKEN

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: Mo 16 - 18 Uhr, Di 12 - 17 Uhr, Mi 14 - 17 Uhr, Do 14 - 18 Uhr geöffnet (**nicht** am Tag der BVV: 23.1., 27.2.), Telefon 030 54431890



Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(Telefon: 030 5412130/030 9953508 - Telefax: 030 99901561)

Öffnungszeiten:

Montag: 13-17 Uhr
Dienstag: 10-17 Uhr
Donnerstag: 10-18 Uhr
Freitag: 10-13 Uhr (**mittwochs geschlossen**)

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin
fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 06.01.2014. Auslieferung ab: 08.01.2014. **Druck:** Eigendruck. **Marzahn-Hellersdorf links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 06.02. und am 06.03.2014.